

Wilsdruffer Tageblatt

Sechster Jahrgang Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

W. wenn täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei
Einzelnverkauf monatlich 5 Mk., durch unsere Ausleger pagirt in der Stadt monatlich 3.50 Mk., auf dem Lande
5 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postämter und Postboten sowie
unser Ausleger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Verhältnisse hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Erscheint seit

dem Jahre 1841

Zeitungsbreite 1.50 Mk. für die 6 gestellten Korrespondenten über deren Raum, Postämter, die 2 halbe Korrespondente 3.50 Mk.
Bei Mehrzahlung und Jahresauftrag entsprechender Preisermäßigung. Die Anzeigen im amtlichen Teil (nur von
Zeitschriften) die 2 gestellten Korrespondenten 4.50 Mk. Nachweisungs-Geld für 50 Pfg. Reklamations die demnach
10 Mk. für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Rabatt
entsprechend 10%, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rente geht.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 246.

Donnerstag den 20. Oktober 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 133 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Carl Fleischer in Wilsdruff**, früher in Frankenberg, und als deren Inhaber sind die Kaufleute **Paul Reinhold Glathe in Frankenberg** und **Georg Alfred Karl Wiedel in Meissen** eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Nahrungsmitteln aller Art, insbesondere Teigwaren, Waffeln, Gebäck und dergl. Artikeln.

A Reg 174a/21 200 Amtsgericht Wilsdruff, am 15. Oktober 1921.

Auf Blatt 134 des hiesigen Handelsregisters ist heute die Firma **Ferdinand Japke Sohn, Dampfblatensabrik in Wilsdruff**, früher in Frankenberg, und als deren Inhaber der Kaufmann **Paul Reinhold Glathe in Frankenberg** eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: Herstellung von Oblaten.

A Reg 178a/21 200 Amtsgericht Wilsdruff, am 15. Oktober 1921.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Vorkonferenz hat ihre Beschlusfassung über Oberschlesien vertagt.

* In Oberschlesien herrscht große Erregung. Ein Teil der Bevölkerung sieht aus dem an Potem fallenen Gebiet.

* Auf Grund der interfraktionellen Besprechungen glaubt man, daß der Reichspräsident Loeb nach dem Rücktritt des Kabinetts das Reichkanzleramt übernehmen wird.

* Die neue Regierung soll nach den bisherigen Vereinbarungen auf der Basis der großen Koalition von Stresemann bis Scheidemann gebildet werden.

* In Berlin sind die meisten bürgerlichen Zeitungen wegen eines Lokalkonflikts nicht erschienen.

Der Dollarsprung.

Was auch in der Welt geschieht, der Börse muß es, wie es scheint, zum Segen gereichen. Früher, als es uns auch ging, als der deutsche Wirtschaftskörper die Fälle des Mittes kaum noch ertragen konnte, blieb die Börse, von seltenen stürmischen Unterbrechungen abgesehen, zurückhaltend, zuweilen sogar verfiel sie in ausgesprochene Trägheit, und die Leute, die lediglich durch Börsenspiele zu Vermögen zu kommen suchten, mußten alle Gerissenheit aufbieten, um im Wechsel von Ebbe und Flut nicht unterzugehen auf's Trockene zu geraten. Heute geht kaum ein Tag vorüber, ohne daß neue Hubschüsse über uns her einbrechen. Trotzdem will der Hiebertausch, der die Börse ergriffen hat, nicht nachlassen. Man braucht nur die eine Tatsache festzuhalten, daß der Dollarkurs an diesem 17. Oktober in Berlin von 149 in rasenden Sprüngen bis auf 194 hinaufstiegt, um zu erkennen, daß die Dinge, die sich hier abspielen, jeder Vernunft, jeder Vorausberechnung und jeder nüchternen Realität spotten.

Die Gründe sind billig wie Brombeeren. In diesem Fall soll der Hinweis auf die Entscheidung über Oberschlesien genügen, um denjenigen, der noch (auch was Börsenorgane angeht) an das Gesetz von Ursache und Wirkung glaubt, zu befehligen. Aber auch wer die Zerschlagung Oberschlesiens noch so bitter beklagt und noch so ungünstig bewertet, kann in ihr keine ausreichende Rechtfertigung dafür finden, daß die deutsche Währung an einem Tage um ein Viertel ihrer Kaufkraft herabgesetzt wird. Und das um so weniger, als ja gerade die industriellen und kaufmännischen Kreise mit einem ungünstigen Ausgang der oberstschlesischen Frage seit langem gerechnet und danach ihre geschäftlichen Dispositionen wohl auch getroffen haben. Aber die reine Spekulation hat mit der Zeit über die berufsmäßigen Kräfte, die sonst an der Börse den Ausschlag geben, offenbar einen vollständigen Sieg davongetragen. Wie ein Rudel wild gewordener Pferde führen diese Leute, die nur ein Interesse daran haben, die Preise höher und immer höher zu treiben, auf ein kaum vernommenes Schlagwort hin an die Börsenbänke heran und überrennen jeden Widerstand, der sich ihnen etwa auf der Jagd nach mühseligen Gewinn entgegenwerfen will. Gilt die Mark im Auslande, wie es jetzt der Fall ist, noch knapp 2% Weniger, so müssen die Kurse der gestiegenen Erzeugnisse heute um so höher emporklimmen und weiter reicht weder der Gedankenkreis noch das Interesse dieser Elemente, denen es gleich ist, ob daraufhin die Rohstoffe, die Deutschland kaufen muß, im Preise immer unerschwinglicher werden, ob die Lebensmittel teurer und teurer werden und für Löhne und Gehälter daraufhin immer größere Summen verausgabt werden müssen. Und wer heute auf Grund des Dollarkurses von 194 Effekten erwirbt, hat nur ein Interesse daran, daß deren Wert morgen schon abermals weiter hinaufgedrückt wird, denn der Besitz von deutschem Papiergeld verliert immer mehr an Reiz, und alle Gedanken richten sich auf möglichst rasche und möglichst gewinnbringende Flucht vor der Mark.

Im Inlande sind wir „erst“ dazu gekommen, den Wert der Reichsmark mit 6 bis 8 Pfennigen zu bestimmen. Die Frage ist nur, wer hier die Angleichung vollziehen wird, das Ausland an das Inland, oder das Inland an das Ausland? Das Wiesbadener Abkommen, von dem die Regierungskreise einstige Einwirkungen auf den Stand unserer Währung erhofften, zählt heute schon kaum noch mit. Als letzte Auskunft bleibt der Hinweis auf

schleunigste Finanzhilfe für das Reich, um so die Geltung der deutschen Mark von innen her zu stärken. Kreise, die bis dahin die angebotene Kredithilfe der Industrie aus politischen Gründen eher bekämpften als willkommen hießen, rufen nun plötzlich nach ihr, wie nach dem letzten Rettungsanker und meinen, daß sie eher heute als morgen zur Tat werden müßte. Die Regierung dürfe auch nicht länger mit der Erfassung der Goldwerte zögern, denn so wie bisher, gehe es einfach nicht weiter. Werde die Notenpresse nicht endlich angehalten, so würden wir mit unserem Latein sehr bald völlig zu Ende sein — eine Weisheit, deren, wie man befürchten muß, die Börse ebenso spotten wird wie aller bisherigen Versuche, sie zur Vernunft zu bringen.

Woran liegt es?

Die englische Presse zeigt, daß man bei der Entente die wahren Ursachen des für ganz Europa katastrophalen Marksturzes sehr wohl erkennt. Während „Times“ in einem Leitartikel schreibt, eine Ermäßigung der an Deutschland gestellten Forderungen würde im gegenwärtigen Augenblick die wirtschaftlichen Aussichten in Europa nicht verbessern, sagt „Daily News“, nach seiner Ansicht seien die Reparationsforderungen am Zusammenbruch der Mark schuld. Wenn der Sturz der Mark anhalte, so könne Deutschland womöglich die geforderte Summe nicht bezahlen. Unter Hinweis auf den Schaden, den der Tiefstand der Mark ganz Europa zuzieht, fragt „Daily News“, weshalb man auf der Forderung der Reparation bestehe. — Man wird solange diese Frage stellen, bis es eines Tages zur Antwort zu spät ist.

Reichskanzler Loeb?

Die interfraktionellen Beratungen.

Berlin, 18. Oktober.

Die sorgenvollen Tage vor dem Eintreffen der amtlichen Mitteilung über die Genfer Beschlüsse zur Teilung Oberschlesiens sind in Berlin zu andauernden Beratungen der Parteiführer mit der Regierung benützt worden, um im gegebenen Augenblick den Tatsachen mit festem Blauen gegenüberstehen zu können. Man ist sich jetzt darüber einig, daß das gesamte Kabinett beim Eintreffen der erwarteten Hubschüsse seinen Rücktritt erklären wird. Dann will man zu einer völligen Neubildung der Regierung, und zwar voraussichtlich auf der Basis der großen Koalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten schreiten. Schwierigkeiten bereite die Frage der Belegung des Reichskanzlerpostens. Im Zentrum fand kein geeigneter Mann dafür. Siegerwald scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten. Der Arbeitsminister Brauns und der Kölner Oberbürgermeister Denauer wurden genannt, kamen aber nicht ernstlich in Frage. So entschloß man sich, das Amt einem Sozialdemokraten auszufragen, und zwar kommt als erster Kandidat der Reichstagspräsident Loeb in Betracht. Wie man hört, sind alle Parteien der großen Koalition mit dieser Wahl einverstanden.

Dieses vorläufige Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen kann jedoch noch Änderungen ausgeführt sein. Die Beratungen werden fortgesetzt, und endgültige Beschlüsse können erst gefaßt werden, wenn auch die Fraktionen, und nicht nur ihre Führer, zu dieser Frage Stellung genommen haben. Man rechnet jedoch mit einer baldigen definitiven Lösung voraussichtlich im oben dargestellten Sinne. Die Verhandlungen mit der Industrie wegen der von dieser angebotenen Kredite für das Reich werden ebenfalls, und wie man hört, mit gutem Erfolg, fortgesetzt.

Die Flucht aus Oberschlesien.

Die Polen senden bereits Militär.

Obwohl die Genfer Beschlüsse noch nicht bekanntgegeben sind, und dennoch von einer Vorkriegszeitung des den Polen zugesprochenen Gebietes durch polnische Truppen noch nicht die Rede sein darf, ist die berechnete Belagerung

und Erregung in der deutschen Bevölkerung doch sehr stark angewachsen. In Oppeln laufen aus dem Industriegebiet fast stündlich Meldungen über einen

Flüchtlingsstrom aus dem abzutretenden Gebiete, insbesondere nach der Stadt Beuthen und der Gemeinde Hindenburg, ein. Aus dem Kreise Larnowitz wird die Ankunft von polnischer Kavallerie in den polnischen Grenzorten gemeldet. Nicht nachsprüchende Gerüchte wollen wissen, daß die Polen bis zur Korfanthlinie vorzustoßen beabsichtigen. In einzelnen Orten des Kreises sind von Mitgliedern der Gemeindevachen polnische Gestellungsbefehle verteilt worden. Diese polnischen Vorkriegszeitungen sind um so mehr zu verurteilen, als von englischer Seite ausdrücklich festgestellt wird, daß der Vorkriegsrat noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen bezüglich der neuen schlesischen Grenze ergangen ließ. Es könne keine Rede davon sein, die Ententetruppen zurückzuziehen, ehe nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festgelegt hat. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Vom politischen Standpunkte aus gilt die Angelegenheit für beendet, obwohl noch keine Einzelheiten festzusetzen sind.

Abermals vertagt!

Neue Gerüchte über Oberschlesien.

Während man in Berlin allgemein bereits am Dienstag die Bekanntgabe der Genfer Beschlüsse erwartete, ist in Paris eine neue Verzögerung eingetreten. Die Sitzung der Vorkonferenz, die wegen der Inkraftsetzung der Empfehlung des Völkerbundes über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde um einen Tag verschoben. Es wurde für erforderlich gehalten,

eine juristische Prüfung

der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft englischer Juristen. Es soll versucht werden, in einer Konferenz durch einige juristische Sachverständige einen Ausweg zu finden, der England und Frankreich dazu führt, die Grenzlinie und die wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes gleichzeitig bekanntzugeben. Auf Seite Frankreichs scheint man nunmehr dem englischen Standpunkt Rechnung tragen zu wollen. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß Frankreich in der nächsten Sitzung der Vorkonferenz einen Vertagungsantrag stellen wird. Der „Pett Parisien“ führt aus, daß sich alle Mitglieder der Vorkonferenz darüber einig seien, daß man die Bekanntgabe der Grenzlinie nicht von den wirtschaftlichen Empfehlungen des Völkerbundes trennen dürfe. Frankreich, England und der Völkerbund seien der Ansicht, daß es dem Geiste der vorgeschlagenen Lösung widersprechen würde, die wirtschaftlichen Empfehlungen als einfachen Wunsch des Völkerbundes zu betrachten. Da man die Grenze durch ein von Bergwerken und Fabriken überfülltes Gebiet gezogen habe, könne ein

Zustand dauerlicher Unordnung

eintreten, wenn man nicht Vorkehrungen trafe, die der Völkerbund empfahl. Darüber sei sich alle Welt einig. Allerdings habe der Friedensvertrag vorausgesehen, daß man nur eine Grenzlinie festsetzen solle, dagegen sagte er aber nichts darüber, daß gleichzeitig wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden müßten. Demgegenüber berichtet das „Blatt de Douvre“, daß es in der Sitzung der Vorkonferenz am Sonnabend zu lebhaften Meinungsverschiedenheiten zwischen Jules Cambon als Vertreter Frankreichs und dem englischen Geschäftsträger sowie dem japanischen Vorkonferenzmitglied gekommen sei. Die beiden letztgenannten erklärten, daß der Völkerbundsbeschluss so angenommen werden müsse, wie er gefaßt wurde und daß

keinerlei Vorbehalte noch Änderungen

gefordert werden könnten. In französischen politischen Kreisen glaubt man nun, daß man wenigstens bald eine prinzipielle Entscheidung darüber treffen könnte, ob die Grenzlinie unabhängig von den wirtschaftlichen Empfehlungen Deutschland und Polen bekanntgegeben werden soll oder ob der Genfer Beschlusses als unteilbarer Block angesehen werden soll.

Heimatmuseum

der Stadt Wilsdruff

WILSDRUFF

